

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Ost-Preußen 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Porto nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenhand besagen für Deutschland ab und Ostpreußen 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. jährlich. Zahlungsmittel: per Brief für Deutschland und Ostpreußen 10,- M., per Postcheck, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 5-7.

Die achtspaltige Anzeigenzeile ober deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Zustellungsgeld. Kleine Anzeigen: Das festgesetzte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Zustellungsgeld. Langfristige Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 2,00 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in West-Anzeigen: Das festgesetzte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Geschäftsdruck: Zentrum 2030, 2045, 4510 4602, 4635, 4649, 4671.

# Freiheit

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Rußlands Entgegenkommen

### Eine neue Note Tschitscherins

St. London, 26. August.

Tschitscherin sandte an Kamenev eine neue Note, in der er zunächst das englische kapitalistische System scharf kritisiert und das russische Kätejnsystem verteidigt. Den Vorwurf, daß in Rußland die Oligarchie herrsche, weist er zurück und behauptet, daß in Rußland eine Räteregierung nur unter der vollkommenen Mitwirkung aller Schichten des Volkes möglich sei. Während in England das Volk nur alle fünf oder noch mehr Jahre einmal zur Beteiligung an der Zusammenziehung des Parlaments berufen werde, läßt das russische Volk täglich und ständig seinen Einfluß auf den Gang der Regierungsgeschäfte aus. Tschitscherin weist ferner auf die Verteilung der Einkommen und der Vermögen in England hin und führt englische Statistiken hierzu an. Dann erklärt er, daß die Sowjetregierung, gerade weil sie eine Volksregierung sei, friedliebend wäre und keineswegs Eroberungen machen wolle. Diese Friedsamkeit trage einen anderen Charakter als die der kapitalistischen Völker, die nur den Frieden wünschten, nachdem sie die Reichtümer der besiegten Gegner geraubt hätten. Ein Friede, der die Sicherung derartiger Errungenschaften bezwecke, sagt Tschitscherin, kann niemals dauerhaft sein, während der Friede einer Arbeiter- und Bauernregierung, der auf dem Verzicht der Ausbeutung der anderen und auf der Beteiligung der arbeitenden Massen aller Völker basiert, der einzige echte und dauerhafte Friede ist. Die Sowjetregierung wünscht auf die Bedingung im Entwurf zum polnischen Friedensvertrag, die die Schaffung eines polnischen Arbeiterheeres forderte und eine Meinungsverschiedenheit mit Italien und England hervorgerufen hat, zu verzichten. Sie hofft, hierdurch die vollkommene Uebereinstimmung, die vor dem Meinungsunterschied bestanden hat, wieder ins Leben zurückgerufen zu haben.

### Krassins Abreisegründe

St. London, 26. August.

Krassin und Kamenev erklärten neuerlich, daß die Lage, die durch die Balfournote geschaffen wurde, ihre Abreise aus London veranlasse. Sie behaupten, die britische Regierung habe infolge der polnischen Siege ihre Politik geändert und sich der französischen Haltung genähert. Demgegenüber wird britischerseits erklärt, daß England lediglich die Frage stelle, ob die ursprünglichen russischen Friedensbedingungen, die Lloyd George mittelte, auch noch jetzt die Grundlagen eines Friedens bilden sollten oder ob neue Forderungen hinzugefügt worden seien. Die russischen Vertreter hätten in Beantwortung dieser Frage erklärt, daß ihre gute Treue und die gute Treue ihrer Regierung grundlos in Abrede gestellt worden seien. Es sei daher zwecklos, noch länger in London zu bleiben. Der diplomatische Mitarbeiter des „Evening Standard“ stellt fest, die Sowjetregierung habe sich auf ihre Forderung nach einem Arbeiterheer noch nicht festgelegt. Diese Bedingung sei lediglich im Vorbeiwort aufgestellt. Er behauptet, es lägen Anzeichen dafür vor, daß die Sowjetregierung zu dem größten Entgegenkommen bereit sei. Außerdem werde russischerseits keine wichtige Beschwerde gegen eine Verletzung der Unterhandlungen nach Warschau erhoben werden.

## Kretinismus

### Eine Erklärung des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes

Die Absicht der gelben Eisenbahnerorganisationen, die Boykottaktion der deutschen Arbeiterschaft gegen Polen zu durchkreuzen, tritt nun ganz offen zutage. Der Allgemeine Eisenbahnerverband macht sich zum Wortführer dieser Richtung und ihrer Absichten. Nachdem wir erst gestern gezwungen waren, den Kretinismus zu kennzeichnen, der aus der Auffassung zu erkennen ist, als sei die Bewegung eine Dienstangelegenheit der Eisenbahner, versendet nun der Allgemeine Eisenbahnerverband eine Erklärung an die Presse, in der er — wiederum unter Berufung auf diese seltsame Idee — offen zum Solidaritätsbruch herausfordert. Die Erklärung wiederholt zunächst die der reaktionären Presse abgetauchte Redensart, es sei gesetz- und verfassungswidrig, wenn „außerhalb des Eisenbahnbetriebes stehende und parteipolitisch einseitig orientierte Kreise“ die Gelegenheit des Boykotts benutzen wollen, „um mit Hilfe eines Bruchteils politisch gleichgestimmter Eisenbahndienstleister in den inneren Eisenbahnbetrieb hineinzureden“. Was den Bruchteil betrifft, so geben sich hier die Leute des Herrn Riedel als recht mäßige Rechner zu erkennen. Damit indes niemand ihrem Täuschungsversuch zum Opfer fällt, möchten wir betonen, daß sich der verhältnismäßig große Bruchteil auf ihrer Seite befindet. Aber dann fährt die Erklärung fort:

Ebenso wenig wie die Eisenbahner den Bergleuten oder den Metallarbeitern Vorschriften in ihren beruflichen Angelegenheiten machen dürfen, müssen es sich die Eisenbahner verbitten, daß außenstehende Kreise zu rein parteipolitischen Zwecken in die dienstlichen Angelegenheiten der Eisenbahner hineinzureden oder ihnen gar dienstliche Weisungen erteilen.

Dies spiegelt sich deutlich der dienstliche Kretinismus, von dem wir oben sprachen, wider, und wir möchten das gestern Gesagte wiederholen, um diesen Unfug zu widerlegen. Bei der notorischen Verschöpfung der Gehör- und Verstandesorgane der Leute des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes hat das indes wenig Sinn. Dagegen lohnt es sich, folgenden Abschnitt der Erklärung mitzutellen:

„Den Eisenbahner sei bekanntgegeben, daß der Aufruf, der gemeinsam von den freien Gewerkschaften und den sozialistischen Parteien erlassen worden ist, zu Unrecht die Unterschrift

London, 26. August.

„Times“ erfährt, daß der Bericht, wonach Kamenev und Krassin ihre Pflöcke verlangt hätten, unrichtig sei. Wie verlautet, erwarten beide Sowjetdelegierten, daß spätestens bis morgen eine befriedigende Antwort auf die Note Balfours ein treffen werde.

### Englisch-italienisches Zusammengehen

St. London, 26. August.

„Manchester Guardian“ glaubt zu wissen, daß die Unterhandlungen in Luzern die Grundlage für ein engeres Zusammengehen zwischen England und Italien gebracht haben. — Giolitti war immer für ein solches Zusammengehen, und seine angeblich deutschfreundliche Gesinnung war tatsächlich nur pro-italienisch. Er wünschte eine Anerkennung der Sowjetregierung, weil eben die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen Italien und Rußland in Italiens Interesse liegt.

### Der russische Rückzug

St. London, 26. August.

Kamenev hat eine Anzahl Telegramme von Tschitscherin erhalten, in denen dieser u. a. erklärt, daß die polnischen und französischen drahtlosen Berichte falsch seien. Die russischen Streitkräfte seien intakt. Zwar seien während des Rückzuges Seltsamkeiten gemacht worden, doch war dies unvermeidlich, und ihre Anzahl war nicht groß. Der russische Vormarsch erfolgte mit einer Schnelligkeit, wie sie in der Geschichte ohne gleichem ist. Dadurch wurden die Planken nur ungenügend geschüttelt. Eine Plankensbewegung der Polen zwang die Armeen zum Rückzug. Dieser erfolgte in vollster Ordnung. Die russische ukrainische Armee sei zu einem neuen Vormarsch bereit, sobald die Umstände diesen erlauben. Die polnischen drahtlosen Berichte über einen großen Sieg seien Phantasiegebilde.

### Jurückeroberung Grodnos

Paris, 25. August.

Der „Matin“ erfährt aus Warschau, daß Abteilungen der zweiten polnischen Gardebrigade Grodnos eingenommen haben.

### Aufruf der russischen Gewerkschaften

St. Paris, 26. August.

Der Gewerkschaftsrat für ganz Rußland fordert in einem drahtlosen Telegramm alle Arbeiterorganisationen der Welt auf, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um den Feinden des Kätejnsystems Widerstand zu leisten. Er wendet sich vor allem in einem Aufruf an die Kosaken des Kubangebietes.

des Hauptbetriebsrates der Eisenbahner trägt. Der Hauptbetriebsrat hat sich mit dieser Frage überhaupt noch nicht beschäftigt. Wenn kein Vorsitzender dieses Amtes in jenem Sinne parteipolitisch mißbraucht hat, so sind von dem unserem Verbande angehörenden Mitgliedern des Hauptbetriebsrates die notwendigen Schritte deswegen inzwischen eingeleitet worden. Unsere Mitglieder haben sich keinerlei Weisungen von anderen Stellen erteilen zu lassen. Für sie gelten die Bestimmungen unserer eigenen Organisation.

Das ist die offene Aufforderung zum Bruch der Solidarität. Es ist ferner die Drohung mit den „notwendigen Schritten“ gegen den Vorsitzenden des Hauptbetriebsrates. Es braucht nicht erläutert zu werden, daß die hier angeordneten Schritte nur mit Unterstützung der Behörden getan werden können. Der Allgemeine Eisenbahnerverband plant also nichts Geringeres, als eine Anzeige an die Behörde, um dieser eine Handhabe zu geben, den Vorsitzenden des Hauptbetriebsrates der Eisenbahner zu beseitigen. Wie ein solches Verhalten vom Standpunkte der Klassenloyalität der Arbeiterschaft zu werten ist, braucht nicht dargelegt zu werden. Zugleich ist dieser Vorfall aber ein wertvolles Merkmal dafür, was bei der gemeinsamen Betriebsratsarbeit mit den Gelben anzufangen ist.

Zum Schluß erhebt der Allgemeine Eisenbahnerverband gegen die Regierung den Vorwurf, daß sie es veräumt habe, klare Richtlinien für die Haltung der Eisenbahner gegenüber den Transporten aufzustellen. Dadurch habe sie den Kreisen das Feld überlassen, die in verfassungs- und geschwinder Weise in den Eisenbahnbetrieb eingegriffen haben. Sie habe dadurch „die anderen Eisenbahnerorganisationen (Kupjos) dem Terror preisgegeben“.

Gegen die Verpflichtung zur Klassenloyalität ruft hier der Allgemeine Eisenbahnerverband den Schutz einer reaktionären Regierung an. Und er befiehlt, daß er die Richtlinien für seine Haltung nicht von einem gemeinsamen Handeln mit den anderen Arbeiterorganisationen, sondern von dem Gebot der gleichen reaktionären Regierung erwartet.

Womit wir ihn einstweilen wohl seinem Schicksal überlassen können. Wie wertlos eine solche Organisation zur Vertretung von Arbeiter- und Beamteninteressen ist, ist an fünf Fingern abzuzählen. Die Bedeutungslosigkeit dieser Organisation ist indes so groß, daß ihre Quertreibereien dem Kampfe der Arbeiterklasse gegen Krieg und Reaktion keinen Abbruch tun werden.

## Die USPD. und die dritte Internationale

Von Ernst Däumig.

Mit der Veröffentlichung dieses Artikels eröffnen wir die Diskussion über die Frage der 3. Internationale. Bei der Bedeutung der Frage ist es selbstverständlich, daß diese Diskussion in voller Freiheit und größter Gründlichkeit in den Organisationen und in der Parteipresse geführt wird. Wir selbst werden dafür Sorge tragen, daß alle Richtungen der Partei zur Vertretung ihres Standpunktes in der „Freiheit“ zu Worte kommen. Ebenso werden wir fortlaufend über die Stellungnahme der Organisationen und der Parteipresse die Genossen informieren.

Die Beauftragten der Partei, die nach Rußland gereist waren, um dort über den Eintritt der U. S. P. D. in die Kommunistische Internationale zu verhandeln, sind wieder auf deutschen Boden angelangt. Sie haben in Moskau an den Verhandlungen des 2. Kongresses mit beratender Stimme teilgenommen, sie haben darüber hinaus noch besondere Besprechungen mit dem Exekutiv-Komitee der 3. Internationale gehabt. Der Anschluß unserer Partei ist natürlich noch nicht vollzogen, konnte auch nicht vollzogen werden. Denn die in Leipzig angenommene Kompromiß-Resolution gab der Delegation nicht die Vollmacht, den Anschluß zu vollziehen. Die Entscheidung über den Eintritt der U. S. P. D. in die Kommunistische Internationale liegt jetzt bei den Organisationen unserer Partei; endgültig den Anschluß vollziehen oder ablehnen muß dann der Parteitag, der in einigen Monaten stattfinden wird.

Bis dahin müssen die Bedingungen, Forderungen und Leitsätze, die der 2. Moskauer Kongreß für die wichtigsten Gebiete des politischen und wirtschaftlichen Lebens aufgestellt hat, in den Reihen unserer Parteigenossen gründlich studiert und, nicht allein in der Presse, sondern vor allem in den Parteiverfassungen durchgesprochen werden. Die Parteipresse hat die Pflicht, die Leitsätze so schnell als möglich zur Kenntnis ihrer Leser zu bringen.

Aber eins muß von vornherein betont werden: Es handelt sich beim Anschluß unserer Partei nicht um eine formale Beitrittserklärung, nicht um ein theoretisches oder platonisches Bekenntnis zu den Ideen der 3. Internationale, sondern der Eintritt in die Kommunistische Internationale setzt voraus den festen und ehrlichen Willen, deren Forderungen auf allen Kampfgebieten, in der Partei, in der Gewerkschaft, im Parlament, in Stadt und Land mit allen Mitteln energisch in die Tat umzusetzen. In einer Partei, die Mitglied der Kommunistischen Internationale sein will, ist kein Raum für Leute, die sich an dem Prinzip der formalen Demokratie festklammern, oder für solche, die trotz ihres Lippenbekenntnisses zur Diktatur des Proletariats immer nach Hintertüren suchen, durch die sie ihre opportunistische Rechnungsträgerei einschmuggeln können.

Die 2., in den Augusttagen 1914 jämmerlich zusammengebrochene Internationale, war eine Internationale der Deklamationen und Resolutionen, war eine Internationale, in der die Partei- und Gewerkschaftsführer, die Parlamentarier und Theoretiker das große Wort führten. Die große Masse der Partei- und Gewerkschaftsmitglieder war persönlich an der Internationalen so gut wie gar nicht interessiert. Im günstigsten Falle las sie die mehr oder weniger gut stilisierten aber zu nichts verpflichtenden Resolutionen der Kongresse, im Uebrigen aber überließ sie vertrauensselig ihren übergeordneten Instanzen die Sorge um die Beziehungen des internationalen Proletariats. Diese Vertrauensseligkeit hat sich bitter gerächt. Die Instanzen, die in der 2. Internationale das Wort angaben, haben redlich mit dazu beigetragen, daß das Wort: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ umgemünzt wurde in den hahnenstehenden Auf: „Proletarier aller Länder tötet Euch!“

Jetzt ist man drauf und dran, in Genf für den bankrotten Reformsozialismus und seinen demokratischen Feilsch aus den übriggebliebenen Trümmern der verfallenen 2. Internationale einen neuen Tempel zu errichten. Aber die Priester dieses Tempels werden in Wahrheit Schergen der Weltreaktion sein.

Demgegenüber will die 3., die Kommunistische Internationale keine Internationale der Resolutionen, sondern eine Internationale der revolutionären Tat sein. Sie will nicht dastehen als ein buntes, schwebendes Gebilde von losen und rein formal zusammengefügten Parteien, sondern als eine große, internationale Partei mit einheitlichem Puls, einheitlichem Willen, einheitlichem Handeln. Damit schlage, einheitlichem Willen, einheitlichem Handeln. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß für die einzelnen Länder blind ist natürlich nicht gesagt, daß für die einzelnen Länder blind drauf los schablonisiert werden soll. Wie die Entwicklung der einzelnen Länder, wird auch die revolutionäre Aktion verschieden sein. Aber immer muß als Grundgedanke für die der Kommunistischen Internationale angeschlossenen Parteien gelten: „Wie bereite ich auf allen Gebieten des politischen Lebens die Diktatur des Proletariats vor, wie nehme ich alle Waffen des Klassenkampfes aus, wie erhalte ich nach Erringung der politischen Macht die Diktatur des Proletariats aufrecht? Voraussetzungen für den Sieg des internationalen

Proletariates aber sind: 1. bei allen Parteien als Grundlage die klare, unzweideutige Theorie des revolutionären Marxismus, 2. eine straff organisierte und militärisch disziplinierte Organisation und 3. unermüdlige Regelmäßigkeit auf allen Gebieten, auf denen das Proletariat in Erscheinung tritt.

Diese Gedanken bildeten die große Linie, die sich durch die Verhandlungen des Moskauer Kongresses hindurchzog. Mag kleinlicher Formalismus auch manches an dem äußeren Form- und Plan des Kongresses auszusetzen haben, an der Tatsache, daß hier mit ehrlichem Bemühen daran gearbeitet wurde, dem Klassenbewußten internationalen Proletariat eine feste Kampfeinheit zu schaffen, kann das nichts ändern. Im einzelnen wird an dieser jungen Gründung noch manches ausgefeilt und umgebaut werden müssen. Für mich besteht aber kein Zweifel, daß die kommunistische Internationale alle Parteien umfassen wird, die den Kampf gegen Kapital und Reaktion mit allen revolutionären Mitteln restlos bis zu Ende führen wollen. Daher trete ich auch für die vom Kongress beschlossenen Leitsätze und für deren Anerkennung durch die Partei ein.

Die Verhandlungen des Kongresses waren keine rein akademischen Auseinandersetzungen. Sie wurden begleitet von einem lebendigen Anschauungsunterricht. Spielten sie sich doch ab in einem Lande, in dem jahrhundertlange zaristische Mißwirtschaft, Weltkrieg und Bürgerkrieg Verwüstungen über Verwüstungen angerichtet haben. Sie spielten sich ab in den Tagen, in denen die Rote Armee dem polnischen Klopffechter des Ententekapitals eine Niederlage nach der anderen beibrachte. Und über Verfall, Anzulänglichliches und Unfertiges sah man einen festen, zukunftssicheren Willen triumphieren, der immer neu Antrieb erhält aus der Theorie des revolutionären Marxismus und der Entschlossenheit des Klassenbewußten Proletariats, allen Stürmen standzuhalten. Kann sich erst einmal dieser Wille und diese Entschlossenheit auf friedliche Arbeit konzentrieren, kann Sowjet-Rußland ungehindert in wirtschaftlichen und kulturellen Verkehr mit anderen Völkern treten, dann wird auch so manches Morpheus und Faule verschwinden, was jetzt noch anzutreffen ist. Vor allem ist es Aufgabe des deutschen Proletariats, ist es Pflicht unserer Partei, Sowjet-Rußland auf allen Gebieten und mit allen Mitteln zu helfen. Dazu gehört aber auch, daß unsere Partei mit in den internationalen Bund eintritt, der von den Vorkämpfern der russischen Revolution ins Leben gerufen wurde und jetzt unter aktiver Mitwirkung aller revolutionären Parteien der Welt ausgebaut und fest zusammengefügt werden soll.

Unsere Partei ist in Moskau einer scharfen Kritik unterzogen worden. Soweit es sich um Angriffe von einzelnen Kritikern handelt, die mit keinerlei Kenntnis der deutschen Verhältnisse belastet waren — wurde doch von einem Heißsporn unsere Partei als Regierungspartei bezeichnet — lohnt es sich nicht, darüber zu reden. Ernstes zu nehmen dagegen ist der Vorwurf, daß in unserer Partei noch Leute zu finden sind, die sich vor der gesamten proletarischen Internationale als verbissene Gegner der Diktatur des Proletariats erweisen und bewußt gegen Geist und Inhalt unseres eigenen Leipziger Aktionsprogrammes ankämpfen. Das gilt vor allem für einen Mann wie Kautsky. Man mag zehnmal beteuern, daß Kautsky in der U. S. P. D. keinen Einfluß mehr habe. Draußen bei den anderen revolutionären Parteien denkt man anders darüber. Da gelten Kautsky und seine Anhänger als die geistigen Führer unserer Partei. Und die reaktionäre und sozialreformistische Presse aller Länder tut ihr Möglichstes, diese Auffassung zu nähren. Man muß aber gesehen haben, wie in den Publikationen der gegen Sowjet-Rußland aufgetretenen Schergen, der Kollschaf, Denikin, Judenitsch, Wrangel usw., wie in der kapitalistischen Presse Amerikas, wie in der „sozialdemokratischen“ Kaufhausrepublik Brusentien und anderswo die Schriften Kautskys zu Gunsten der Gegenrevolution ausgeschlagen worden sind, wie unter Berufung auf Kautsky der Kampf gegen das revolutionäre Proletariat „wissenschaftlich“ begründet wird. Dem kann und darf unsere Partei, will sie Mitglied der 3. Internationale werden, nicht länger ruhig zusehen.

Es ist ein für unsere Partei unerträgliches Zustand, daß die deutschen Scheidemann-Kautsky als Gewährsmann für den Genfer Kongress der bankrotten 2. Internationale in Anspruch nehmen zu derselben Zeit, in der unsere Partei ihre

Beauftragten nach Moskau schickt, um über den Eintritt in die 3. Internationale zu verhandeln. Denn man weiß doch in allen Parteien, daß die deutschen Reformsozialisten in ihrer Denkschrift für Genf auf eine eigene Stellungnahme in der Frage Demokratie oder Diktatur verzichtet und Kautskys Schrift über diese Frage als für ihre Anschauung maßgebend vorgelegt haben.

Das sind unerfreuliche Erscheinungen, über die in unserer Partei in der nächsten Zeit sehr ernsthaft geredet, in denen Abhilfe geschafft werden muß, sonst ist an einen Anschluß der Partei an die 3. Internationale nicht zu denken.

Ueber diese Frage, sowie über manche andere, die in Moskau Gegenstand der Kritik war, haben wir uns in der Partei ernsthaft und sachlich auseinandergesetzt. Auch auf dem Gebiete der Organisation wird sehr viel umgestellt werden müssen, wenn unsere Partei ein wichtiges und aktives Glied der kommunistischen Internationale werden soll. Ueber all diese Dinge wird im Einzelnen noch sehr viel gesagt werden müssen, wenn die Parteigenossen die Leitsätze des Moskauer Kongresses kennen gelernt haben. Eins aber steht für mich fest: Will die U. S. P. D. die Partei des deutschen revolutionären Proletariats sein, will sie mit der Diktatur des Proletariats und dem Sozialismus in Deutschland die Bahn frei machen, dann muß sie sich auch rückhaltlos und ohne Zweideutigkeiten in Reich und Glied stellen mit den Parteien, die der 3. der revolutionären, der kommunistischen Internationale angegeschlossen sind.

## Die Lage in Oberschlesien

Verurteilung eines Reichstagsabgeordneten

Oppeln, 25. August.

WZ. meldet: Das interalliierte Gericht demütigte gestern in Abwesenheit den Reichstagsabgeordneten und verantwortlichen Schriftleiter des sozialdemokratischen Parteiorgans für Oberschlesien Karl Olszky zu 2000 M. Geldstrafe und erteilte den Befehl zur zwanzeiwöchigen Verhaftung (Verhaftung). Olszky soll sich durch einen Artikel, der sich mit der Verhaftung der interalliierten Kommission über die Kohlenreserve befaßt, der Aufreizung und der Verleitung von Beamten zum Ungehorsam schuldig gemacht haben. Olszky hatte bereits vor einiger Zeit der interalliierten Kommission in einem Schreiben unter Berufung auf seine Immunität als Mitglied des Reichstags mitgeteilt, daß er der Ladung an Gerichtsstelle nicht Folge leisten würde. Das interalliierte Gericht vertrat heute den Standpunkt, daß auf Grund des Verbotes der interalliierten Kommission, betreffend die Teilnahme an den Reichstags- und Landtagsverhandlungen, die Mandate der oberschlesischen Volksvertreter tatsächlich als erloschen anzusehen seien und die Verhaftung Olszkys damit hinlänglich sei. Das Gericht nahm aber von der Verhängung einer Gefängnisstrafe, wie sie vom Anklagevertreter beantragt worden war, Abstand.

## Severing über die Lage

Breslau, 25. August.

WZ. meldet: Im Oberpräsidium wurde heute in Gegenwart des Preussischen Ministers des Innern Severing, des Staatssekretärs im Reichsministerium des Innern Bernald und eines Vertreters des Auswärtigen Amtes die Lage in Oberschlesien eingehend besprochen. Gehört wurden insbesondere die verschiedenen Vertreter der Freien und Christlichen Gewerkschaften aus Oberschlesien. Minister Severing legte in Uebereinstimmung mit den Vertretern der Reichsregierung, der auswärtigen schlesischen Behörden und des Vertreters des deutschen Bevollmächtigten in Oppeln dar, daß vor irgend einer gewalttätigen Aktion der deutschen Bevölkerung in Oberschlesien nicht dringend genug zu warnen sei. Dem hier und dort auftretenden Verlangen der oberschlesischen Bevölkerung nach Bewaffnung könne von der Regierung unter keinen Umständen entsprochen werden. Die Regierung würde sich auch weiterhin streng an den Friedensvertrag von Versailles halten und mit größtem Nachdruck die Wiederherstellung der gesetzlichen Zustände in Oberschlesien durch die Entente fordern. Der Minister sagte ferner zu, daß der deutschen Bevölkerung in Oberschlesien und zumal den Angehörigen der ermordeerten Beamten der Sicherheitspolizei, sowie den Flüchtlingen für den ihnen durch den polnischen Kustand erwachsenen Schaden die weitgehendste Hilfe der Regierung zuteil werden würde. Es wurde in der Besprechung Uebereinstimmung dahin erzielt, daß die durch die Polen bedrohte Freiheit der Abstammung in Oberschlesien mit allen Mitteln des Rechts wieder hergestellt werden muß.

## Noch immer keine Ruhe

Beuthen, 23. August.

Die Telegraphen-Union meldet: Die Lage im Aufstandsgebiet war gestern noch die gleiche, ja, die Aufstandsbewegung dehnt sich weiter aus und greift auf die Kreise Rosenberg und Lublitz über.

Der Kreis Lublitz war gestern zum größten Teil besetzt. Nur ein Teil des Kreises Gleiwitz befindet sich in den Händen der Polen. Die Nachrichten über die Gewalttätigkeiten häufen sich. Die Sicherheitspolizei und zwar der Teil der Beamten, der aus Oberschlesien stammt, wird aus Katowitz, Tarnowitz und Lublitz nach dem Lager Lamsdorf abtransportiert. Die deutschen und polnischen Gewerkschaften haben sich gestern geeinigt, zum Teil über den Kopf der Führer hinweg und beschlossen, den Streik heute abzubrechen. Die Gruben scheinen aber dem Abbruch nicht Folge leisten zu wollen.

## Rebellion der märkischen Agrarier

Von der Arbeitsgemeinschaft landwirtschaftlicher Organisationen Brandenburgs, unterzeichnet Graf Kallreuth, ist an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg ein Schreiben gerichtet worden, worin mitgeteilt wird, daß die märkischen Agrarier entschlossen seien, mit „eiserner Energie“ und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln sich gegen die Auflösung ihres Selbstschutzes zur Wehr setzen zu wollen. Dieser Selbstschutz sei die natürliche Folge der bestehenden Zustände, denen die Staatsregierung hilflos und machtlos gegenüber stehe. Zur jetzigen Regierung hätten sie nicht das Vertrauen, daß sie Eigentum und Leben der Agrarier schützen könnte, deswegen müsse der Selbstschutz weiter bestehen bleiben. Unter Berufung auf die Reichsverfassung und mit Rücksicht auf die Bedeutung der Landwirtschaft, die sie in der Provinz und in der Ostmark haben, verlangen die märkischen Agrarier von dem Oberpräsidenten, daß die Regierungspräsidenten und Landräte angewiesen werden, den Selbstschutz unbedenklich zu lassen.

Zu gleicher Zeit veröffentlicht der brandenburgische Selbstschutz einen Aufruf an seine Mitglieder, worin es heißt: „Schützt Euch, Euer Eigentum und Euer Recht weiter selbst und wehrt selbst Eure Freiheit! Das ist jetzt Eure Lösung!“

Wir tun nichts, was gegen die Verfassung geht. Unsere Organisation bedeutet Sicherheit für Heimat, Leben und Eigentum und Gewähr für das tägliche Brot.

Unser Ziel ist Glück und Segen für unser Vaterland! Unsere Kraftquelle die Liebe zum Volk und zur Heimat. Auf unserer Seite steht das sittliche Recht und der feste Wille, es zu schützen. Darum muß der Selbstschutz bestehen bleiben, solange wir ihn brauchen!

Die Eingabe und der Aufruf bedeuten eine offene Auflehnung der märkischen Agrarier nicht nur gegen die Regierung, sondern auch gegen das Entwaffnungsgesetz. Wir werden abwarten, was der Entwaffnungskommissar gegen diese Rebellen unternehmen wird. Da der Aufruf von etwa 50 Rittergutsbesitzern und Gutsbesitzern namentlich unterzeichnet worden ist, so bietet sich für den Entwaffnungskommissar eine leichte Handhabe, um die Rädelsführer der Rebellen unschädlich zu machen.

Wir werden aber vermutlich sehr lange warten müssen. Wenn es sich darum handeln sollte, gegen Arbeiter das Entwaffnungsgesetz anzuwenden, so wird sicherlich mit voller Schärfe vorgegangen werden. Den Agrariern gegenüber wird der Entwaffnungskommissar schon mildere Töne anschlagen wissen.

## Der Parteitag der Rechtssozialisten

Der Parteiausschuß der rechtssozialistischen Partei legt gestern die Tagesordnung für den im Oktober in Cassel stattfindenden Parteitag fest. Sie wurde nach den Vorschlägen des Parteivorstandes folgendermaßen in Aussicht genommen: 1. Bericht des Parteivorstandes; 2. Allgemeine politische Lage. Referent: Weis; 3. Organisation und Kasse. Referent: Bartels; 4. Bericht der Reichstagsfraktion. (Der Berichterstatter ist noch nicht bestimmt.); 5. Bericht der Kontrollkommission. Referent: Brühne; 6. Bericht vom Internationalen Sozialistenkongress in Genf. Referent: Meerfeld-Rön. 7. Die Wohnungsfrage. Referenten voraussichtlich Paul Hirsch und Engler-Freiburg; 8. Die Revision des Parteiprogramms. Referent: Dr. Adolf Braun. Zur Revision ihres Parteiprogramms geben die Rechtssozialisten eine Sammlung von Gutachten heraus. Auch ein neues Agrarprogramm soll in Angriff genommen werden. Dem Parteitag wird eine Frauenkonferenz vorangehen. Der Mindestbeitrag soll nach einem Antrag an den Parteitag wesentlich erhöht werden.

In derselben Sitzung sprach der Parteivorstand Weis über die politische Lage. In der Diskussion drückte man sich erstaunen darüber aus, daß in dieser konfliktreichen Zeit weder die Regierung, noch der Reichstag, noch der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten es für notwendig finden, in Berlin verammelt zu sein. Eine in diesem Sinne gefasste Resolution fand einstimmige Annahme. In einer weiteren Resolution wurde von der Alliierten Kommission volle Neutralität in Oberschlesien verlangt.

## Zum 70. Geburtstag von Charles Richet

(Geboren am 28. August 1850.)

Am 28. d. M. feiert Charles Richet seinen siebenzigsten Geburtstag in Paris. Er kann auf ein arbeits- und erfolgreiches Leben zurückblicken. In Paris geboren, machte er als Student der Medizin den Feldzug von 1870/71 mit. Dort gewann er die ersten Ehrdrücke von den Schrecknissen des Krieges, die ihn später zum glühenden Pazifisten, Internationalisten und Sozialisten werden ließen. 1887 erhielt er die ordentliche Professur für Physiologie an der Pariser Universität. Seine umfangreichen Fachstudien, besonders über den Blutkreislauf und Verdauung, führten ihn auf den bahnbrechenden Forscher in der Geschichte dieser Wissenschaft, Michael Servet. Nicht nur diesem als Arzt galt sein Interesse, sondern er schäufte auch dessen philosophische und religiöse freigeistige Lebensanschauungen, die er im Kampfe mit dem starken Calvin durch seinen Märtyrertod hatte besiegeln müssen. Zu ihm bekannte sich Richet, zu seinen überkonfessionellen Theorien eines freien Christentums, als er im Jahre 1911 bei der Enthüllung des Servetdenkmals in Bière (Rhône) eine auch von den wärmsten pazifistischen Tönen durchzogene Festrede hielt. Damals trat er aufs lebhafteste zur Abwendung des drohenden Krieges zwischen Frankreich und Deutschland für eine Verständigung durch internationale Schiedsgerichte ein.

Ueber seine reichen sachwissenschaftlichen Schriften hinaus, betätigt sich Richet oft und gern mit der Feder. An schönegeistiger Literatur ist von ihm im Jahre 1887 der spiritistisch-phantastische Roman „Beissen“ (possession) erschienen; in künstlerischem Gewande behandelt er hier das psychologische Problem des „zweiten Gesichtes“. Einige theoretische Spezialstudien waren der Abfassung des Buches vorangegangen (Versuch einer allgemeinen Psychologie, deutsch von Lohse und R. Berger), die demnach in einem Abriß über Metaphysik ausgebaut werden. Er betritt hier als Forscher bisher unbekannte Gebiete des Seelenlebens. — Von einem verwandten Geiste zeugt sein utopisches Zukunftsgemälde „In hundert Jahren“, ein Seitenstück zu dem bekannten Roman Bellamps „Ein Rückblick aus dem Jahr 2000.“ Beide Romane sollen demnächst in deutscher Sprache erscheinen. Von pazifistischen Ideen stark durchseht, erschien 1898 der Roman „Die Leiden der Anderen“, dem bald darauf sein theoretisches Hauptwerk über den Pazifismus „Die Vergangenheit des Krieges und die Zukunft des Friedens“ (überetzt von Veria v. Suttner) folgte.

Das Zarteste seines Schaffens bot er in den „Leit-, Zeit- und Streifenbildern des zwanzigsten Jahrhunderts“ (Deutsch von Rudolf

Berger und Armand Hoche), die schon vorher erschienen und mit dem Preise der französischen Akademie ausgezeichnet worden waren; ethische, religiöse und allgemeine menschliche Fragen werden hier in unterhaltend amüsanten und zugleich tief anregender Art behandelt. — Als Krone all seiner pazifistischen, politischen und kulturellen Bestrebungen kann seine umfassende „Kulturgeschichte, Versuch einer Geschichte der Menschheit“ gelten (Deutsch von Rudolf Berger, Verlag Kulturpolitik, Berlin. Unseren Lesern ist das Werk durch eine redaktionelle Kritik bereits bekannt.) Hier stellt er nicht moralische Forderungen auf, sondern läßt die Tatsachen für sich sprechen. Die ganze Entwicklung der Geschichte geht er durch und zeigt immer wieder den vernichtenden Einfluß aller Kriege. Erst wenn diese vollständig beseitigt sind, wird der Aufstieg der Menschheit vollendet werden, dessen Entwicklung ihm in seiner Darstellung besonders wichtig erscheint. Es könnte alles so schön im Leben sein, wenn sich die Menschen nicht selbst im Wege ständen. Das ist auch der Hauptgedanke seines jüngsten Wertes einer Skizzenreihe: „Der Mensch ist dumm“, die demnächst auch in deutscher Sprache erscheinen wird.

1913 erhielt Richet den Nobelpreis für Physiologie als Anerkennung seiner Verdienste. Man schwantke, ob er den für Pazifismus nicht ebenso gut verdient hätte, denn auf diesem Gebiete kannte er kein Ermüden: 1914 sprach er öffentlich in deutschen Städten für Verständigung der Völker, gegen den drohenden Krieg. 1919 protestierte er an der Spitze französischer Pazifisten und Sozialisten gegen die Gewaltpolitik seiner Regierung. Allen Tatsachen zum Trost glaubt er an eine bessere Zukunft. Wir wünschen ihm heute, daß er sie erleben möchte und so den sichtbaren Erfolg seines Wirkens zu erkennen.

Dr. Rud. Berger (Berlin).

Korresp. Mitgl. d. franz. Akad. d. Wiss. u. Kunst zu Arras.

Der Halbkreisbogen gegen Professor Einstein und seine Relativitätstheorie ist jetzt von der sogenannten „Arbeitsgemeinschaft deutscher Kunstforscher“ mit einer Vortragsreihe in der Philharmonie eröffnet worden. Der Auftakt war eine antimilitärische Schimpfanrede eines Herrn Paul Wegland, deren Dredspriechen an der Bedeutung der das Weltbild umwälzenden Forschungen des großen Gelehrten völlig vorbeizögen. Aber auch die wissenschaftlichen Einwände von Professor Schröde und anderer Vertreter der physikalischen Fachreise, die noch folgen sollen, können Einsteins neue Erkenntnisse vielleicht korrigieren, aber nicht aus der Welt reben.

Film-Unfinn. Der Film sucht immer mehr Gebiete seiner Herrschaft zu unterwerfen. Er verläßt sein eigentliches Operationsfeld des rein Visuellen, des Pantomimischen, des Humors, des Trübs, der Ueberräuschungen und — nicht zu vergessen — des Belebenden. Seit langem hebbängelt er mit der Operette und begehrt sich nicht mit „Dramen“, in denen sich elegante Herren gemächlich Zigaretten anzünden, den Rauch in die Luft blasen und Briefe öffnen (hierin erschöpft sich die Wirkungsreihe). Letzteren sich knietief verbeugen und Salonbänken „an der Liebe sterben“. Nach verlassenen andersartigen Versuchen wurde jetzt in einer Pressevorführung die Film-Operette „Das Kuckucksbrot“ nach dem Koto-Film-System abgeführt. Mit dem Bildstreifen furt auch ein Rollenband an der unteren Seite des Films entlang, um dem Kapellmeister die musikalische Begleitung tatgemäß zu erleichtern, aber die Verteilung: Gesang hinter der Leinwand, bewegliches Bild, Textstreifen, Rollenband, läßt keine harmonische Gesamtwirkung aufkommen, sondern erregt kopfschmerzliche Bestimmungen. Diese mißliche Kombination von Kino und Musik, welche Ludw. Czerny und Ilmar Springfeldt erdacht haben, ist weniger als Film, weniger als Operette und schlimmer als beides. Das Kino müßte in gerade entgegengesetzter Richtung residieren werden. Von der in Verwirrung und trübsaler Musikbegleitung untergehenden Biedermeier-Handlung dieses Kuckucksfilms ganz zu schweigen. Die zappelnde Leinwand darf lustig, aber nicht langweilig sein.

Die Konzerte des Philharmonischen Orchesters, welche jeden Sonntag, Dienstag und Mittwoch in der Philharmonie stattfinden, beginnen am Mittwoch, den 1. September, abends 8 Uhr.

Die Sinfonie-Konzerte der Kapelle der Staatsoper unter Leitung des Herrn Wilhelm Furtwängler finden an folgenden Tagen statt: 1. und 27. Oktober, 19. November, 8. Dezember, 12. Januar, 9. und 25. Februar, 11. und 26. März, 6. April. Ueber den Werken der Klassiker gelangen sinfonische Werke von Brahms, Rich. Strauß, Wagner, Bruckner, Tschaiowski, Dvořak, Schönberg, Büttner, Schillings, Hausjäger usw. zur Aufführung.

Im Wallhalla-Theater findet am Sonntag, den 29. August ein Gastspiel von Adele Hartwig statt. Zur Aufführung gelangt Sudermanns Heimata.

„Die neue Kunst in Rußland 1914—1919“ behandelt ein Werk von Konstantin Umanstij, das im Verlag Gustav Koenigshaus, Potsdam, soeben erschienen ist. (Preis gebunden ca. 50 M.) Das mit zahlreichen Abbildungen geschmückte Buch gibt einen Ueberblick über die Entwicklung des Kunstschaffens und der Kunstpflege in Rußland von Ausbruch des Krieges bis tief in die bolschewistische Zera hinein. Genaue Verzeichnisse geben Kenntnis von den Kunstinstituten, Bibliotheken, Theaterunternehmungen, die unter den Sowjets in Rußland geschaffen worden sind. Ein Register enthält die Namen der führenden künstlerischen Persönlichkeiten des heutigen Rußlands.

# Der Kampf um den Steuerabzug

## Maschinengewehre heraus!

Abgeordnete der Rechten, die Herren Hagenberg, Schiele und Dr. Reichert, rufen in einer Anfrage an die Regierung den Schutz der besessenen Macht gegen streikende Arbeiter an. Sie erklären, die Lohnkämpfe nehmen schärfere Formen an und es läme hier und da zu Ausschreitungen und zur Anwendung von Gewalt, Erpressungen, Bedrohungen und ähnlichem.

Wenn es zu solchen Ausbrüchen kommt, so meist infolge des hochvollen Auftretens mancher Betriebsleiter, die die Not der Krise auszunutzen, um der Arbeiterschaft das Uebergewicht der Unternehmer fühlen zu lassen. Vergessen soll auch nicht werden, daß es die Unternehmer waren, die solche Kampfesformen eingeführt haben, indem sie einst die gelben Horden und die Streiklöcher bewaffneten. Wenn indes solche Dinge wirklich einmal vorkommen, dann werden sie stets der Öffentlichkeit in aufgebauhter Form vorgebracht.

Aber die drei Herren, darunter der begeisterte Prophet der Arbeitersgemeinschaften, Dr. Reichert, nehmen diese Vorfälle auch nur zum Vorwand, um etwas ganz anderes zu erreichen. Was sie bedrückt, sind die Lohnstreiks der Arbeiter und Angestellten. Der Augenblick scheint ihnen gekommen, um gegen sie mit dem Mittel der Gewalt vorzugehen. Die Krise möchten sie nicht vorübergehen lassen, ohne der Arbeiterbewegung hier und dort den einen oder anderen Schlag versetzt zu haben. Dazu brauchen sie der Mitwirkung der Staatsgewalt, der Kanonen und blauen Horden. Um die Regierung zu gewinnen, behaupten sie, die Steuerabzüge seien der Grund für die „Verschärfung der Lohnkämpfe“. Die Unternehmer hätten die „höchst undankbare Aufgabe des Steuerabzuges über sich genommen“, aber wenn sie dieser Aufgabe gerecht werden sollen, so erwarten sie, daß ihnen die Behörden den notwendigen Schutz für ihr Leben, ihr Eigentum und das sonstige ihnen anvertraute Gut gewähren“. Die Herren erwarten eine schnelle Antwort von der Regierung, die sie an einer empfindlichen Stelle getroffen zu haben glauben.

Wo: Maschinengewehre heraus!

Die politischen Agenten der Reaktion im Reichstag brauchen indes nicht lange nach der staatlichen Hilfe zu rufen. Sie ist schon da. Die nachfolgende Meldung zeigt, daß das württembergische Staatsministerium auf dem Posten ist.

Die immer stärker werdende Opposition der Arbeiterschaft gegen den Steuerabzug hat das württembergische Staatsministerium veranlaßt, in vergangener Woche zu erklären, daß der Steuerabzug unter allen Umständen durchgeführt werden muß, und daß alle Maßnahmen, wenn nötig auch die schärfsten, zur regelrechten Durchführung des Gesetzes ergriffen werden. Die Regierung hat in der Folge mit den Vertretern der Großindustrie und dann mit den Betriebsräten der drei größten industriellen Betriebe des Landes verhandelt, mit den Arbeitgebern der Werke von Bosch in Stuttgart und Feuerbach, der Daimler-Motorenwerke in Unter-Türkheim und der Maschinenfabrik Eßlingen, Werk Mettingen. Diese Verhandlungen mit den Betriebsräten haben zu keiner friedlichen Einigung geführt. Der Arbeiterrat in Mettingen

hat sogar erklärt, daß jeder Steuerabzug mit Gewalt verhindert werden soll. Die Regierung hat sich deshalb zu ernstem Vorgehen entschlossen. In der Nacht zum Donnerstag wurden die genannten Betriebe durch die Polizeiwache besetzt, die Betriebe für die Arbeiter und Angestellten gesperrt, was durch ein Plakat der Betriebsleitung, wie durch Anzeigen in den Tageszeitungen bekanntgegeben wurde.

Das Staatsministerium veröffentlichte durch Anschlag folgende Bekanntmachung:

Die Arbeitnehmer der Daimler-Motorenwerke in Unter-Türkheim, der Boschwerke in Stuttgart und Feuerbach und der Maschinenfabrik Eßlingen, Werk Mettingen, haben die Durchführung des gesetzlichen Vorschritts, den Steuerbetrag am Lohn abzuziehen, bisher mit Gewalt verhindert und erklärt, dies auch fernerhin durch Gewalt zu verhindern. Die Werkleitungen können von der Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften, den Steuerbetrag am Lohn abzuziehen, nicht befreit werden. Bei Aufrechterhaltung des Betriebes kann anderweitig ein wirksamer Schutz gegen Gewalttätigkeiten anlässlich der Lohnzahlung nicht gewährleistet werden. Die Werkleitungen werden deshalb im Einverständnis mit der Regierung mit Wirkung vom Donnerstag früh ab ihre Betriebe solange geschlossen halten, als die Durchführung des Steuerabzuges mit Gefahr für die damit befaßten Vertreter und Angestellten der Betriebe wie für die Betriebsanlagen verknüpft ist. Den Schutz der Betriebsanlagen hat die Polizeiwache übernommen. Versuche, die Werke zu betreten, werden mit Gewalt abgewehrt werden.

Das Staatsministerium.

W. B. fügt hinzu: Wie wir hören, soll die für Donnerstag fällige Wochenlohnzahlung durch die Post erfolgen und gleichzeitig 10 Prozent Steuerabzug vorgenommen werden.

Die Maschinengewehre stehen bereit. Die Arbeiterschaft wendet sich mit dieser Schärfe gegen die brutale Art des Steuereintreibens durch den Lohnabzug, weil sie weiß, daß sie wiederum allein auf solche Weise der Opfer bringen muß, um die durch den Wahnsinn des Krieges der bestehenden Klassen hervorgerufenen Finanzkatastrophen auszugleichen. Nie zuvor ist gegen Steuerverweigerer mit solcher Gewalt vorgegangen worden. Jahrzehntlang haben sich die bestehenden Schichten, das Unternehmertum in der Industrie wie in der Landwirtschaft, vor der Besteuerung zu drücken gewußt. Auch heute finden sie Mittel und Wege, um die Wuchermillionen gegen den Zugriff der Steuerbehörde in Sicherheit zu bringen. Aber da rührt sich die Staatsgewalt nicht. Für diese Steuerdrückeberger hat man milde Ermahnungen, gegen die gezeigte Empörung der Arbeiterschaft bedient man sich schärfster Mittel. Wir müssen fordern, daß die Behörden andere Mittel ausfindig machen, um den Konflikt zu beseitigen, wenn sie nicht die Schuld auf sich laden wollen, daß die Unruhe in der Arbeiterschaft weiter wächst und zu noch weit nachdrücklicheren Entscheidungen führt.

## Stimmen der Parteipresse

### Leipziger Volkszeitung

Unser Leipziger Parteiblatt bringt in seiner Mittwoch-Ausgabe unter den Ueberschriften „Das Moskauer! Die unannehmbaren Bedingungen für den Anschluß an die 3. Internationale.“ einen längeren Auszug aus den Moskauer Bedingungen. Einleitend bemerkt es dazu:

Die Moskauer Kommunistische Internationale hat den großen Gedanken des internationalen Zusammenschlusses aller revolutionären sozialistischen Parteien der Welt erschlagen. Restlos erschlagen — für Jahre erschlagen. Sie will keine Internationale der Revolutionäre, sie will nur eine Internationale der Kommunisten sein. Die Internationale einer Gruppe, die, von Russland aus, in allen Ländern nur eine kleine Minderheit der revolutionären Arbeiterschaft umfaßt, die in allen außer-russischen Ländern nicht über das Stadium der Sekte hinausgekommen ist. Das Moskauer Exekutivkomitee will alle Parteien, die zur dritten Internationalen zugelassen werden, in die Schablone dieser Gruppe zwängen und sie zu bloßen ausführenden Organen seiner selbst, der Moskauer Zentrale, machen. Das ist das Ergebnis der Russlandfahrt der Delegation unserer Partei und der französischen Sozialisten zum zweiten Kongress der Kommunistischen Internationale in Moskau.

Die „Leipziger Volkszeitung“ nennt dann die Bedingungen und führt weiter aus: Diese Bedingungen laufen auf die Forderung der völligen Aufgabe der Selbständigkeit unserer Partei hinaus. Sie bedeuten, darüber kann niemand im Zweifel sein, die Sprengung unserer Partei. Ihre Konsequenz ist der bedingungslose Anschluß an die KPD, und die Unterstellung unter die Führung dieser Partei. Das hat freilich nicht mehr viel zu bedeuten, wenn man die Bedingung annimmt, daß alle Bedingungen des Moskauer Exekutivkomitees unbedingten auszuführen sind, ohne Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse Deutschlands, ohne Rücksicht auf den Willen und die Anschauungen der Parteimitglieder, die zum unbedingten Gehorsam gegen die Befehle von der Oberen in Moskau verpflichtet werden. Dieser Gedanke, die revolutionäre Arbeiterbewegung der ganzen Welt von einer Zentralfunktion aus diktatorisch zu regieren und in Bewegung zu setzen, diese Uebertragung des Ideals einer Weltrevolution auf eine internationale Massenbewegung ist so unangehörig, so wahrhaftig unwirksam, daß eine Umsetzung in die Praxis überhaupt niemals möglich ist. Die Massenbewegung würde immer wieder diesen auf eine Sekte zugeschnittenen Rahmen sprengen, die Logik der Tatsachen müßte immer wieder die papierenen Dekrete außer Kraft setzen. Aber freilich um den Preis von wüthender innerer Reibung, furchtbaren Kräftevergeudung und schwerer Opfer und Leiden, verhängnisvoll verzögernder Umwege schwerer Arbeiterbewegung. Diese Forderung der überparteilichen Zentralisation, der Unterstellung einer riesigen Millionenbewegung unter das Diktat einer kleinen Körperschaft in Moskau, die beim besten Willen die Verhältnisse der nationalen Bedingungen der einzelnen Sektionen zu erfassen und richtig zu beurteilen nicht imstande ist, spricht der Moskauer Internationale schon allein das Urteil.

Wir brauchen deshalb heute die Unmöglichkeit der anderen Forderungen nicht im einzelnen zu zerlegen. Wir wollen nur kurz hinweisen auf die Bedingung, daß die Partei auf die Zerstückelung der Gewerkschaften Internationalen hinarbeiten soll, was die Gefahr der Sprengung der Gewerkschaften in nächste Nähe rückt, daß sie den Namen „Kommunistische Partei“ annehmen soll, daß sie ihre Zentralkomitee und alle wichtigen Zentralinstanzen nach dem Diktat von Moskau zusammenfassen soll, daß sie alle ihre Vertrauensleute, die sich mit diesem Diktat nicht einverstanden erklären können, ohne weiteres auszuschließen hat, ja, daß sie schon jede Opposition gegen die Moskauer Bedingungen von der Vertretung von dem außerordentlichen Parteitag auszuschließen hat, der erst über die Annahme oder Ablehnung dieser Bedingungen zu entscheiden hätte, so daß dieser Parteitag von vornherein zur Farce entwürdigt würde. Toll ist es wohl kaum jemals von einer Partei gefordert worden.

Sier gibt es nur eine Antwort: Ein einmütiges rundes unumwundenes Unannehmbar! Wir sind überzeugt, daß die Partei in ihrer Gesamtheit zu diesem Schluß kommen muß. Wir sind wirklich gespannt darauf, ob sich noch irgend jemand in unserer Partei finden wird, der die Annahme dieser Bedingungen zu fordern mag. Daß die revolutionäre Internationale, die wir alle erleben, die wir aufbauen wollen, durch die unverantwortliche Haltung der

Moskauer zwar geschädigt, aber nicht verhindert wird, brauchen wir nicht zu betonen. Es kann unseres Erachtens nur eine Frage kurzer Frist sein, daß die revolutionären Parteien, die sich dem anmahenden Diktat von Moskau nicht unterwerfen wollen und können, sich zu jener Internationale zusammenschließen werden, die die Kraft der gesammelten Aktion der revolutionären Massen zu verbinden weiß mit der notwendigen Rücksicht auf die Eigenart der nationalen und sozialen Bedingungen, unter denen die Arbeiter der verschiedenen Länder leben. Es ist traurig, daß diese Internationale aufgerichtet werden muß ohne die russischen Genossen, aber es ist nach diesen Vorgängen nichts anderes mehr möglich. Die Moskauer Kommunistische Internationale hat den Gedanken der Zusammenfassung aller revolutionären Parteien erschlagen, aber sie kann nicht erschlagen die werdende Internationale der revolutionären Parteien, die die enge Moskauer Schablone ablehnen müssen. Und wir sind überzeugt, daß diese Internationale, die die Einheit der Aktion und Bewegungsfreiheit ihrer nationalen Glieder ausgleichend zu vereinen weiß, daß diese die Internationale der Zukunft, die Internationale sein wird, die schließlich die Proletariat aller Länder in sich sammeln wird, wenn die zweite und die dritte Internationale an ihren Fehlern zerfallen sein werden!

## Gegen die Profitpolitik der Unternehmer

Der Metallarbeiterverband hatte für Mittwoch eine Reihe großer Versammlungen einberufen, um die Öffentlichkeit gegen die Geschäftspraktiken der Unternehmer aufzurufen, die zu einer Hemmung des Wirtschaftslebens führen. In den Ikarus-Sälen, wo viele Hunderte wegen Ueberfüllung keinen Einlaß finden konnten, führte Gen. Jiska aus: Die industriellen Kreise haben das Interesse, zu beweisen, daß mit dem Achtstundentag und mit den anderen sozialen Einrichtungen eine Gefährdung des Wirtschaftslebens nicht herbeigeführt werden kann. Sie führen leichtfertig Stockungen der Produktion herbei und hoffen, daß, wenn ihr Plan gelingt, sie durch vermehrte Ausbeutung den ausgefallenen Profit wieder einbringen können. Die Gewissenlosigkeit der Unternehmer zeigte sich besonders in den Verhandlungen über die Lokomotivbestellung in Russland. Man hat diese Verhandlungen zunächst ins Ausland verlegt, um zu verhindern, daß die Arbeiterschaft etwas von den unerschämten Forderungen der Kapitalisten erfährt, und hat für eine Maschine 3 600 000 Mark verlangt. Nach einem Vierteljahr hat man eine neue Offerte auf 2 350 000 Mark pro Maschine überreicht. Daß diese Forderungen geeignet sind, der deutschen Industrie den Auftrag zu entziehen, ist daraus zu ersehen, daß eine Kommission hoher Regierungsbeamter den Verkaufswert einer solchen Lokomotive mit 1 750 000 Mark bemessen haben und daß der Arbeitslohn pro Stück 67 000 Mark beträgt. Der Abschluß des Kaufvertrages mit Russland wäre von großem Interesse für alle Zweige der Industrie. Es ist darum für die Arbeiterschaft von Wichtigkeit, die Aufnahme der Handelsbeziehungen durch diese Lieferung zu erzwingen. Wir fordern die Beseitigung des alleinigen Verfügungsrechtes der Unternehmer über die Produktion und ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht für die Betriebsräte, weil dies eine Lebensfrage des gesamten Volkes ist. In allen Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, in der es u. a. heißt:

Die Arbeiter und Angestellten der Metallindustrie sehen sich gezwungen, zur Selbsthilfe zu greifen, wenn die gesetzgebenden Körperschaften nicht unverzüglich zu Maßnahmen übergehen, die die Mitbestimmung der Betriebsräte in weitgehendster Form gesetzlich festlegen. In der weiteren Erkenntnis, daß die Aktionen der Arbeiter und Angestellten nicht auf das Proletariat eines Landes beschränkt bleiben dürfen, geloben die Arbeiter und Angestellten der Metallindustrie, die soeben begonnenen gemeinsamen Aktionen der internationalen organisierten Arbeiterschaft mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen, damit das für die Proletariat aller Länder gemeinsame Ziel, Beseitigung der kapitalistischen Profitwirtschaft durch Einführung der sozialistischen Volkswirtschaft auf schnellstem Wege erreicht wird.

## Die Röhthener Spitzelmache

Die „Leipziger Volkszeitung“ erfährt über den Inhaber des Röhthener Spitzelpulks folgende interessante Einzelheiten:

Sofort beim Bekanntwerden des Aufstanzes in Röhthener lag der Verdacht nahe, daß es sich hier um ein Randver der Reaktion handle, die die Öffentlichkeit über die Röhthener Enthüllungen und die Orgel-Versäher hinwegtäuschen will. Dieser Verdacht hat sich nunmehr nahezu bis zur Gewissheit verstärkt! Die Bekräftigung der USP. in Halle hat sich, da Röhthener nahe bei Halle liegt, sofort um die Aufklärung und ruhige Beilegung der Affäre bemüht, obwohl der Ort nicht zum Kreisverwaltungsbezirk Halle gehört. Genosse Delsner, unser Bezirkssekretär, begab sich, von den Röhthener Arbeitern gerufen, nach dort und sorgte dafür, daß die Abwicklung der Hölle in Ruhe und ohne Schaden für die Arbeiterschaft vor sich ging. Unser Genosse stellte fest, daß der Inspizitor der samosen „Räterepublik“, der frühere Oberlehrer und Oberleutnant d. R. Dr. Bergt, vor drei Wochen in unserer Partei aufgenommen worden wollte. Er wurde aber abgelehnt, ebenfalls bei der KPD. Deshalb ging der saubere Herr, der noch vor kurzem eine Militärabteilungsfelle leitete, zur KPD, die ihn dem auch aufnahm. Kurz darauf erließ auch in Röhthener SPD, USP. und Gewerkschaftsstellern einen Aufruf, in dem der Schlußsatz lautete: „Da mit Bestimmtheit zu rechnen ist, daß die nationale Spitzelmachorganisation hier ihre Hand im Spiele hat, ist ganz besondere Vorsicht geboten.“ Diesen Satz verstanden gewisse Elemente, besonders aber die Kreisdirection Röhthener und ihre Mitglieder, ein bekannter Reaktionsär von Brunn, mit allen Mitteln zu hinterziehen. Er wurde aber doch gebracht, hat aber, wie man leider feststellen muß, nicht gewirkt!

Dr. Bergt ist am Sonnabendabend nach Halle geschickt, wo ihn Vertreter unserer Partei und der KPD. in unserem Parteilokal festhielten. Es ist festgestellt, daß der Herr sich sehr verdächtig gemacht hat und noch vorige Woche auffällig lange in Röhthener war. Seine Verhaftung ist veranlaßt und am Sonntag auch ausgeführt worden. Da er der Verantwortliche für den ganzen Sommerabendspul in Röhthener ist, wird man mit feststellen müssen, wer ihn beauftragt hat!

Diese Feststellungen unseres Leipziger Parteioorgans zeigen auch dem bornierten Röhthener Volkswissen, wer seine Hand bei der Röhthener Spitzelmache im Spiele hatte. Wer die Organisation, die bis ins kleinste aufgearbeiteten Operationspläne der Spitzelmachorganisation ist sich darüber nie im Zweifel gewesen. Aus dem oben angeführten geht aber auch mit aller Deutlichkeit hervor, mit welchem Bewußtsein die R. A. P. D. ihre Mitgliedschaft dem unverantwortlichen Gesindel einräumt.

## Betriebsräte

### Beteiligt Euch am Betriebsrätekongress

Auf die große Anzahl Anfragen aus dem Reiche über Beteiligung und Nichtbeteiligung am Betriebsrätekongress des Gewerkschaftsbundes und der IFA erklären wir folgendes:

Wir fordern und erwarten von den Betriebsräten, soweit sie nach den Bestimmungen des Wahlreglements wählen können, sich an dem Reichskongress der Betriebsräte des Gewerkschaftsbundes und der IFA zu beteiligen.

Bei der Wahl der Delegierten gibt es darauf hinzuwirken, daß solche Vertreter gewählt werden, die auf dem Kongress dafür eintreten, daß schnellstens ein Reichskongress aller Betriebsräte einberufen wird, weil nur durch die Vereinigung aller Betriebsräte der Kampf um die Kontrolle der Produktion durchgeführt werden kann.

Berlin, den 24. August 1920.

Die provisorische Zentrale der Betriebsräte Groß-Berlins, gen. Richard Müller Karl Bollmerhaus.

### Oberschlesien für die selbständige Betriebsräteorganisation

Eine Funktionärskonferenz der U. S. P. für Oberschlesien, die am Sonntag, den 22. August in Hindenburg tagte, nahm nach einem Referate des Genossen Spiel mit 43 gegen 22 Stimmen folgende Resolution an:

Die Konferenz der Parteifunktionäre der U. S. P. D. stimmt den Ausführungen des Referenten Spiel zu und begründet die Betriebsrätezentrale für Oberschlesien als eine Kampfororganisation des revolutionären Proletariats und verpflichtet die Mitglieder der U. S. P. D. in den Gewerkschaften, für die von der Betriebsrätezentrale angeführte Arbeitsgemeinschaft der Zentrale mit den Gewerkschaften mit allen Mitteln einzutreten.

### Die Braunschweiger Betriebsräte für den Anschluß an die Gewerkschaften

In einer von den Vorständen der Betriebsräte, der Gewerkschaftsvorstände und des Gewerkschaftsartikels sehr zahlreich besuchten Versammlung wurde mit überwältigender Mehrheit folgende Resolution angenommen:

Die Delegiertenversammlung der Betriebsräte und Gewerkschaftsvorstände erachtet den sofortigen Zusammenschluß der Betriebsräte für unbedingt erforderlich. In Anlehnung an das Betriebsrätegesetz, dessen Mängel und Hemmnisse für die Arbeiterschaft beseitigt werden müssen, muß der Kampf zur Erringung des vollen Mitbestimmungsrechtes und zur Vergegensetzung der Produktion aufgenommen werden. Im Hinblick auf den vorstehenden Aufgabentwurf ist ein getrenntes Arbeiten von Betriebsräten und Gewerkschaften völlig undenkbar. Nur das enge Zusammenarbeiten beider Teile kann zum Erfolg eines festen Zusammenschlusses der Betriebsräte in Braunschweig führen.

### Entlassung von Betriebsratsmitgliedern

Durch die Presse gingen dieser Tage Notizen mit der Ueberschrift „Verkaufte Betriebsräte“ und „Mafschregelung eines Betriebsratsmannes“. In beiden Fällen handelt es sich um Vorkommnisse, wo Unternehmer anstelle der Weiterbeschäftigung die Entschädigung gewährt haben. Die Notizen erwecken den Anschein, als wenn es sich hier um Angehörige von Betriebsvertretungen gehandelt hätte. Dies war jedoch auf Grund der Bestimmungen des Betriebsratsgesetzes formal rechtlich nicht mehr der Fall.

Für die Entlassungen von Betriebsratsmitgliedern kommen die §§ 96-97 B. B. ausschließlich in Frage. Hiernach ist zu der Kündigung eines Mitgliedes einer Betriebsvertretung, von besonderen Fällen abgesehen, die Zustimmung der Betriebsvertretung resp. der Betriebsoblen die Zustimmung der Mehrheit der Beschäftigten gemäß § 98 B. B. erforderlich. Wird diese Zustimmung verweigert, so kann dieselbe durch einen Spruch des Schlichtungsausschusses erstrebt werden. Stimmt die Betriebsvertretung oder die Mehrheit der Angestellten, sowohl als auch der Schlichtungsausschuss einer derartigen Kündigung nicht zu, so gibt es für den Unternehmer keine Möglichkeit, das betreffende Mitglied einer Betriebsvertretung durch Zahlung einer Entschädigungssumme zur Aufgabe seiner Funktion zu zwingen, vielmehr muß dann die Weiterbeschäftigung erfolgen und auch bei einer bereits erfolgten Entlassung Gehalt oder Lohn für diese Zeit bezahlt werden.

Es liegt also in der Hand der Betriebsvertretungen, sich nicht auf derartige Abschlüsse einzulassen. Klagen beim Schlichtungsausschuss sind auf Grund der §§ 96, 97 und 98 B. B. abhängig zu machen. Entschädigt der Schlichtungsausschuss entgegen einem solchen Antrag auf Grund der §§ 84-85 B. B., so ist die Kuffschlichtbehörde in diesem Falle der Demobilisationskommission, anzurufen und erneute Verhandlung auf Grund der §§ 96-98 zu beantragen.

**Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskautschuk**  
3 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an.  
Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise.  
**Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 1.**

